

An  
die Gemeinderäte der Stadt Ludwigsburg  
Herrn Oberbürgermeister Dr. Matthias Knecht  
Frau Erste Bürgermeisterin Renate Schmetz

Ludwigsburg, den 15.11.2024

### **Stellungnahme des Elternbeirates der Sophie-Scholl-Schule zur Beschlussvorlage Nr. 260/24**

Sehr geehrte Gemeinderäte,

wie der Homepage der Stadt Ludwigsburg zu entnehmen ist, vertritt der Gemeinderat die Bürgerschaft. Aus diesem Grunde wenden wir uns heute an Sie:

In den Beschlussvorlagen zum Haushalt 2025 für die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses am 12.11.2024, des Bildungs- und Sozialausschusses am 13.11.2024 und des Gemeinderats am 03.12 und 04.12.2024 werden unter dem Betreff: „Konsolidierung- und Modernisierungspaket für den Haushalt 2025“ diverse Einsparmaßnahmen und Zusatzeinnahmen aufgeführt, die weder im Einklang mit der Vertretung der Bürgerschaft noch im Einklang mit den Begriffen „Konsolidierung und Modernisierung“ stehen. Vielmehr belegen die Beschlussvorlagen (nach dem Schritt zur Erhöhung von Kitagebühren) erneut eindrucksvoll, dass in dieser Stadt eine bildungs- und familienfeindliche Politik verfolgt wird.

Dieses Mal soll zusätzlich zu den ebenfalls geplanten allgemeinen Leistungskürzungen (Punkt 5 ff.) und weiteren Beitragserhöhungen), zulasten der Kinder und Lehrer der Sophie-Scholl-Schule gespart werden, in dem Personaleinsatz gekürzt und zusätzliche Beiträge im Rahmen des Ganztages erhoben werden, die wohl auch noch über den tatsächlichen Kosten liegen (Anlage 7).

Diese Maßnahmen sind weder logisch noch praktisch, insbesondere im Hinblick auf das bereits seit 12.10.2021 in Kraft getretene Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (GaFöG) und dem damit ab 2026 eingeführten und damit auch einklagbaren Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung (auf 8 Stunden an 5 Tagen und gilt auch in den Ferien!) für jedes Kind von der ersten bis zur vierten Klasse.

Eine Kürzung des Personaleinsatzes würde nicht nur die Kinder, die bereits in der Schule sind und diejenigen, die 2025 in die Schule kommen, gegenüber den Jahrgängen ab 2026 benachteiligen, sondern auch die Basis zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ab 2026 entziehen. Personal abziehen und dann wieder Händeringend suchen, macht beim andauernden Fachkräftemangel keinen Sinn. Zudem ist absehbar, dass die Verwaltung in der Haushaltsplanung für 2026 weitere Einsparungen und weitere Gebührenerhöhungen vorschlagen wird, um den ab dann bestehenden Rechtsanspruch erfüllen zu können. Die letzten Jahre müssten aber jedem Verantwortlichen, auch der Verwaltung vor Augen geführt haben, dass Personal, das verloren gegangen ist, nicht mehr einfach zurückgeholt werden kann. Beklagt die Verwaltung nicht Tag ein, Tag aus den Fachkräftemangel bei den Erziehern in den Kitas?

Wenn nun die Betreuung ohne die Unterstützung städtischer Angestellter erfolgen soll, dann muss die Betreuung durch die Lehrer abgefangen werden. Denn ab 2026 gilt es 8 Stunden Schule und Betreuung für 5 Tage die Woche und zusätzlich in den Ferien (!!!) abzudecken. Sollen das aus Sicht der Verwaltung die (bereits unterbesetzten) Lehrer allein abdecken? Diese Zeit würde den Lehrern fehlen, um einen qualitativ hochwertigen Unterricht vorzubereiten. Insbesondere könnte aber die vorbildliche Vertretungsregelung an der Sophie-Scholl-Schule nicht aufrecht gehalten werden, so dass mit Unterrichtsausfällen zu rechnen wäre und der Lehrauftrag und der Lehrplan zu Lasten der Kinder nicht umgesetzt werden könnte. Wie soll zukünftig dann die Betreuung in den Ferien abgedeckt werden? Werden die Urlaubstage der Lehrer gesetzlich gekürzt?

Uns Eltern ist bewusst, dass unsere Kinder an der Sophie-Scholl-Schule von einem Angebot profitieren, das in anderen Schulen nicht existiert. Doch besteht Ihr Verständnis von „chancengleicher Teilnahme an der Gesellschaft“, darin, Gutes und Bewährtes abzuschaffen, um einheitlich ein niedrigeres Bildungs- und Leistungsniveau zu immer höheren Kosten zulasten der Eltern zu schaffen? Sollte das Ziel nicht in die umgekehrte Richtung sein und die Sophie-Scholl-Schule als „Leuchtturmprojekt“ dienen? Insbesondere für eine Innenstadtsschule. Es ist nicht allzu lange her, als die Anton-Bruckner-Schule und die in ihr aufgegangene Pestalozzischule noch als Brennpunktschulen wahrgenommen wurde. Was veranlasst die Verwaltung anzunehmen, dass sie davor gefeit ist, nur weil die Schule zwischenzeitlich einen anderen Namen im gleichen soziologischen Umfeld trägt? Die Sophie-Scholl-Schule ist heute, was sie ist, weil die engagierten Lehrer und Betreuer und ihre Schullektorin sich dort um unsere Kinder kümmern:

Die Schulkindbetreuung soll für die Kinder einen Ausgleich zum Schulalltag geben und bedarf insbesondere in den jungen Jahren eines Kindes der pädagogischen Begleitung, Unterstützung und Hilfestellungen durch pädagogische Fachkräfte. Nach den starken sozialen Einschränkungen in den Covidjahren ganz besonders. Die Verwaltung schlägt nun ausgerechnet eine Einsparung bei den Jahrgängen vor, die bereits zu ihren Kindergartenjahren und ersten Schuljahren besonders unter der Covid-Pandemie gelitten haben. Es ist nachgewiesen, dass viele von ihnen dringenden Unterstützungsbedarf haben (siehe Abschlussbericht des Bundesfamilienministeriums „Gesundheitliche Auswirkung auf Kinder und Jugendliche durch Corona“).

Dass die Verwaltung vor der Herausforderung steht, Kosten einzusparen, haben auch nicht die Kinder verursacht, sondern ist hausgemacht. Sie, liebe Gemeinderäte waren es, die den Haushalt 2024 mit dem niedrigeren Gewerbesteuersatz von 385 Punkte - trotz fehlendem Geld und dem hohen Finanzbedarf - beschlossen haben. Es ist auch für die Verwaltung und Gemeinderat an der Zeit, in anderen Bereichen an Einsparungen zu denken. Mit einer konsequenten Ordnungspolitik könnte die Stadt beispielsweise zusätzliche Gelder zur Kostendeckung einnehmen, in dem sie z.B. unzulässiges Parken von nicht Anwohner/Anlieger konsequent verfolgt. Eine clevere und zeitgemäße Verwaltung würde hierfür eine App zur Anzeige für die Bürger anbieten, so dass sie nicht einmal eine Arbeitskraft vor Ort einsetzen müsste und sie den Bürgern einen Parkplatz ermöglichen, für den die Bürger schließlich bezahlen.

Auch in der Verwaltung selbst könnten Kapazitäten freigesetzt werden. Weitere Kosten könnten eingespart werden z.B. durch die Zusammenlegung der Referate als auch der kommunalen Unternehmen und Eigenbetriebe. Hier könnten Synergien gehoben werden und z.B. auch die Kosten für die Jahresabschlüsse gesenkt werden. Wieso sollte nicht die gesamte Verwaltung etwas zur Kosteneinsparung beitragen, wie es die Eltern der Kinder teilweise in ihren Unternehmen machen müssen, die nun sogar auch noch zusätzliche Beiträge für weniger Leistung bezahlen sollen. Eine Ausweitung der Altersteilzeit wäre z.B. auch denkbar, so wie es derzeit in vielen Firmen in der Region praktiziert wird. Auch städtebaulich uninteressante Flurstücke, bei denen die Stadt bereits heute ihren Verkehrssicherungspflichten nicht nachkommt, könnten veräußert werden. Damit gewinnt die Stadt Liquidität zur Deckung der Kosten und spart gleichzeitig Kosten die durch die Grundsteuer und die Verkehrssicherungspflichten anfallen.

Weitere Kosten könnten gesenkt werden, in dem auf die unendliche Formularflut in Papierform verzichtet wird, z.B. für die An-, Ab- oder Ummeldung von Kindergärten und Schulen nebst zigfachen Nachweises von Impfpässen und Datenschutzerklärung (einmal mit Widerrufsrecht würde reichen). Schlussendlich ist und bleibt die Stadt Vertragspartner bei Betreuungszeiten.

Dass die Stadt Vertragspartner ist, verkennt die Verwaltung regelmäßig mit ihren Vorschlägen. Die Stadt kann bestehende Verträge mit den Eltern nicht einseitig ändern.

Eine solche Politik ist nicht familienfreundlich, nicht langfristig und nachhaltig gedacht und kreativlos hinsichtlich der Kosteneinsparung. Die Verwaltung hat keine anderen Ideen, als alle Jahre wieder erneut massiv bei Bildung und Familie einzusparen – angefangen bei der Kita, fortgesetzt bei den Grundschulen und freien Schulen, bis zu den höheren Schulen.

Liebe Gemeinderäte, werden Sie bitte nicht zu Totengräbern von Bildung und Familien, und auch nicht zum Steigbügelhalter der antidemokratischen Parteien – bitten stimmen Sie mit „nein“. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen appellieren wir an Ihre vorausschauende Vernunft, um der Stadt, der Wirtschaft, den Familien, aber insbesondere den Kindern eine Zukunft zu geben. Und eine Bitte noch: Denken Sie daran, wir Eltern fordern nicht nur, wir Eltern liefern auch – wir zahlen Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und bieten Arbeitsplätze – wie sollen wir das weiter machen, wenn die die Betreuung für unser Kinder gestrichen wird und immer mehr Arbeitsplätze in der Region bedroht sind und sogar ganz wegfallen werden?

Mit freundlichem Gruß

Der Elternbeirat der Sophie-Scholl-Schule